

Zeitschrift: Energie extra

Band: - (1997)

Heft: 3

Rubrik: Kurzmeldungen

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 06.10.2024

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

JAHRESSTATISTIK

Energieverbrauch stieg um 2,5%

Der gesamte Energieverbrauch der Schweiz ist im besonders kalten Jahr 1996 gegenüber 1995 um 2,5% angestiegen (Heizöl extra-leicht +3,6%, Treibstoffe +1,1%, Erdgas +7,3%, Elektrizität +1,7%), während die Zahl der Heizgradtage um 10,5% zunahm. Die Bevölkerung wuchs um 0,4%, und die Energiebezugsflächen im Haushalt und im Dienstleistungsbereich stiegen um 1,7% bzw. 1,4%. Es wurden rund 43 700 neue Wohnungen gebaut. Pro Kopf der Bevölkerung nahm der Gesamtenergieverbrauch um 2,1% zu.

EUROPATAUGLICH

Verordnungen zum Elektrizitätsgesetz verabschiedet

Der Bundesrat hat die revidierte Verordnung über elektrische Niederspannungserzeugnisse und die neue Verordnung über die elektromagnetische Verträglichkeit verabschiedet und auf den 1. Mai 1997 in Kraft gesetzt.

Mit den beiden Verordnungen werden die Vorschriften der Europäischen Union (EU) für diese Sachgebiete in das schweizerische Recht übernommen. Damit gelten in der Schweiz die gleichen Anforderungen für das Inverkehrbringen von elektrischen Geräten wie im übrigen Europa. Technische Handelshemmnisse werden abgebaut, und Nachteile für die schweizerische Wirtschaft im Handel mit den EU-Staaten werden beseitigt. Es wird verhindert, dass bereits in

der EU durchgeführte Prüfungen und Konformitäts-Bewertungsverfahren in der Schweiz wiederholt werden müssen. Gegenstand der Verordnung über elektromagnetische Verträglichkeit ist der Störschutz von elektrischen Geräten und Anlagen: Diese dürfen andere Geräte oder Anlagen nicht stören und sollen von diesen auch nicht gestört werden. (Auszug aus der Pressemitteilung des Eidg. Verkehrs- und Energie-wirtschaftsdepartements vom 9.4.1997).

WIRTSCHAFT

Investitionsprogramm unterstützt Energie 2000

Das Investitionsprogramm 1997/99 zur Ankurbelung der Wirtschaft wird auch die Energieeffizienz der Schweiz steigern.

In ihrer Sondersession von Ende April haben die eidgenössischen Räte einen Kredit von 561 Mio. Fr. gesprochen, um einen Nachfrageimpuls und ein Investitionsvolumen von 2,4 Mrd. Fr. auszulösen. Gefördert werden u.a. innovative Investitionen für Energieeffizienz und erneuerbare Energien.

Im Rahmen der Finanzhilfen von 200 Mio. Fr. zur Substanzerhaltung der öffentlichen Infrastruktur werden u.a. energietechnische Sanierungen kommunaler und kantonaler Gebäude mit einem Beitrag von 15 Prozent unterstützt. Unter dem selben Budgetposten werden – mit einem erhöhten Satz von 20 Prozent – erneuerbare Energien und die Nutzung der Abwärme gefördert; darunter fallen Nah- und Fernwärme sowie Anlagen für die Wasserversorgung, die Abwasserreinigung, die Kehrriech- und die Holzschnitzelverbrennung.

Für beispielgebende Energie 2000-Projekte im privaten Sektor

sind 64 Mio. Fr. reserviert. Ziel dieses Programms ist der Einsatz neuer Techniken mit Multiplikationswirkung, die Schaffung qualitativ hochwertiger Arbeitsplätze und die Förderung des Arbeitsplatzes Schweiz, vor allem im Bau- und Baunebengewerbe. Die neuen Techniken sollen wesentlich zur Erreichung der energie- und umweltpolitischen Ziele beitragen.

Für den Vollzug des Programms im privaten Sektor werden die Erfahrungen der Kantone und des Aktionsprogramms Energie 2000 genutzt, das seit mehr als sechs Jahren läuft. Unterstützt werden in erster Linie Gebäudesanierungen (Bauhülle und Haustechnik) sowie erneuerbare Energien. Die anrechenbaren Kosten je Projekt betragen im Minimum 50'000 Fr., der maximale Förderbeitrag 700'000 Fr. und der durchschnittliche Fördersatz zehn Prozent der anrechenbaren Kosten. (Pressemitteilung des EVED vom 30.4.97).

ENERGIEFORSCHUNG

BEW veröffentlicht schweizerische Forschungsergebnisse

Zehn Jahre nach der schweizerischen Entdeckung der Hochtemperatur-Supraleitung werden hier bereits erste Anwendungen erprobt: Ein Strombegrenzer von 1,2 Megawatt Leistung wird im Speicherkraftwerk Löntsch in Netstal GL getestet, und ein dreiphasiger Transformator von 630 Kilovolt-Ampère ist soeben bei den Stadtwerken Genf ans Netz angeschlossen worden. Diese und viele weitere Ergebnisse hat die schweizerische Energieforschung im letzten Jahr erzielt.

Sie sind in einer 152seitigen Broschüre zu finden, die das Bundesamt für Energiewirtschaft (BEW) veröffentlicht hat. Die zweisprachige Publikation mit dem Titel "Energieforschung 1996 – Überblicksberichte der Programmleiter" kann kostenlos mit dem Coupon auf der letzten Seite bestellt werden.

<p>Recherche énergétique</p>	
<p>Energie-Forschung 1996</p>	
<p>Rapports de synthèse des chefs de programme Überblicksberichte der Programmleiter</p>	

WÄRMEPUMPEN

Bund fördert Referenzanlagen

Das Parlament hat für 1997 zusätzliche Mittel zur Förderung erneuerbarer Energien bewilligt. Im Rahmen des Aktionsprogramms „Energie 2000“ erhalten 500 Bauherren in allen Teilen der Schweiz dieses Jahr im Neubau oder bei einer Heizungs-sanierung 2000 Franken an ihre Investitionen. Auskunft erteilt die Informationsstelle Wärmepumpen, Postfach 298, 3000 Bern 16, Fax 031 352 42 06.

EXPO 2001

Konkrete Energieanwendungen erleben

Für das Bundesamt für Energiewirtschaft sollte die EXPO 2001 in einem hohen Grade mit erneuerbaren Energien gebaut und betrieben werden. Gleichzeitig soll die Energie rationell eingesetzt werden. Dass dies geschieht, sollen Besucherinnen und Besucher in geeigneter Form erfahren. Das BEW möchte keinen ausführlichen, isolierten Ausstellungsstand über Energie. Vielmehr sollte am Objekt dargestellt werden, wie die Entwicklung, die Entscheidung, die Ergebnisse und die Relevanz der Energieverwendung für Aufbau und Betrieb der EXPO

2001 im Einklang mit den Zielsetzungen der schweizerischen Energiepolitik und dem Folgeprogramm von Energie 2000 stehen. Die Informationsvermittlung soll möglichst unterhaltend und spielerisch erfolgen, damit die Energie im Rahmen der EXPO 2001 "erlebt" werden kann.

Diese Schwerpunkte dienen dem Bundesamt für Energiewirtschaft als Grundlage für seine Kontakte im Rahmen der Konzept- und Projektierungsphase. Das weitere Vorgehen hängt vor allem von den Prioritätensetzungen der Organisatoren ab.

VOLKSINITIATIVEN

Botschaft des Bundesrates zu zwei energiepolitischen Volksinitiativen

Am 17. März hat der Bundesrat die Botschaft an die eidgenössischen Räte über zwei energiepolitische Volksbegehren verabschiedet: die Volksinitiativen für die Belohnung des Energiesparens und gegen die Energieverschwendung (Energie-Umwelt-Initiative) sowie für einen Solarrappen (Solar-Initiative). Der Bundesrat empfiehlt, die beiden Initiativen abzulehnen, will aber die Massnahmen zur Verbesserung der Energieeffizienz und zur Förderung der Nutzung erneuerbarer Energien verstärken. Neue gesetzliche Grundlagen dazu sind insbesondere die geplanten Energie- und CO₂-Gesetze.

Das Energiegesetz befindet sich zurzeit in der parlamentarischen Beratung. Mit ihm wird die rechtliche Basis für die langfristige Energiepolitik des Bundes, der Kantone und der beteiligten privaten Organisationen geschaffen. Das CO₂-Gesetz ist faktisch der indirekte Gegenvorschlag des Bundesrates zur Energie-Umwelt-Initiative. Es ergänzt das Energie-

gesetz und ermöglicht eine zielorientierte Politik, insbesondere im Bereich des Klimaschutzes. Mit der Weiterentwicklung des Aktionsprogramms Energie 2000 werden die in den Energie- und CO₂-Gesetzen vorgesehenen freiwilligen Massnahmen effizient und mit breiter Wirkung umgesetzt. (Auszug aus der Pressemitteilung des Eidg. Verkehrs- und Energiewirtschaftsdepartements vom 17.3.1997).

PARLAMENTARISCHE VORSTÖSSE

Motion Eymann vom 12.12.96: Energiegewinnung durch Biomasse

Mit der Motion wird der Bundesrat eingeladen, Anreize zu schaffen zur Förderung der konkreten Anwendung der Energiegewinnung auf der Basis von Biomasse. Auszüge aus der Stellungnahme des Bundesrates vom 19.2.97:

Der Bundesrat stuft die Biomasse – insbesondere Holz – neben der Wasserkraft als heute und in nächster Zukunft wichtigste erneuerbare Energie ein und fördert sie daher im Rahmen des Energienutzungsbeschlusses und von Energie 2000.

Seit 1990 wurde die energetische Nutzung von Wald- und Restholz von ca. 1,7 Mio. m³ auf über 2,1 Mio. m³ pro Jahr gesteigert. Auch Altholz wird zunehmend energetisch verwertet: 1995 war es mit 118'000 m³ gut doppelt soviel wie 1990. Somit sind trotz Rezession beachtliche Zuwachsraten zu verzeichnen, die anerkanntermassen in erster Linie auf die konzentrierte Förderung durch den Bund zurückzuführen sind.

Das Budget des Bundes für die Holzenergieförderung betrug 1996 rund 7 Mio. Franken und war damit der grösste Budget-Einzelposten für erneuerbare Energien. Für 1997 sind insgesamt ebenfalls rund 7 Mio. Franken vorgesehen, was ca. 36 % des gesamten Budgets für erneuerbare Energien entspricht. Seit Beginn des Programms Energie 2000 wurden vom Bund in diesem Bereich rund 18 Mio. Franken zugesichert und damit Investitionen von insgesamt rund 200 Mio. Franken ausgelöst, was nicht zuletzt schätzungsweise 150 zusätzliche Arbeitsplätze bedeutet.

Die übrige Biomasse – nachwachsende Rohstoffe, organische Abfälle aus Landwirtschaft, Industrie und Haushalt; exkl. Holz – ist wegen des vergleichsweise begrenzten Potentials nicht Schwerpunkt im Programm Energie 2000. Dennoch unternimmt der Bund auch hier einiges im Hinblick auf mittelfristige Möglichkeiten zur Förderung der energetischen Nutzung.

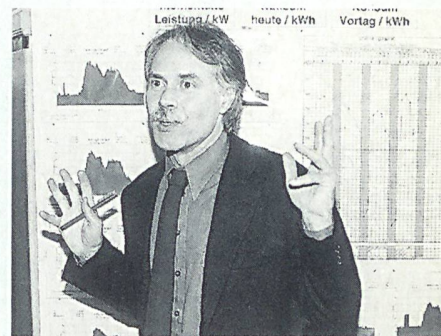
Der Bundesrat ist der Meinung, dass im Rahmen der heute gegebenen finanziellen und rechtlichen Möglichkeiten die bestmöglichen Impulse für die Förderung der vermehrten Biomasse-Nutzung ausgelöst werden. Er beantragt, die Motion in ein Postulat umzuwandeln.

ENERGIESPARWOCHEN

Im EVED weniger Strom verbraucht

Vom 14. April bis 2. Mai 1997 hat das Eidg. Verkehrs- und Energiewirtschaftsdepartement (EVED) an seinem Hauptsitz im Bundeshaus Nord "Energiesparwochen" durchgeführt. Gegenüber den Vergleichswochen vor Beginn der Aktion konnten mit einfachen Massnahmen rund 7% Strom eingespart werden. Unterstützt durch das Programm "Energie 2000" sollen ab 1998 analoge Aktionen in der ganzen Bundesverwaltung durchgeführt werden.

Mit wenig Aufwand (Licht und Geräte öfters ausschalten) konnte das Personal ohne Komforteinbusse und Leistungsabbau jede Woche rund 350 kWh einsparen. Das entspricht dem durchschnittlichen Energieverbrauch von vier Haushaltungen. Die Aktion wird weitergeführt, indem die Angestellten regelmässig über den Energiekonsum und Energiespartips informiert werden.



Departementschef Moritz Leuenberger freut sich über den beispielgebenden Erfolg.